

Gewalt gegen Frauen hat einen Namen: nicht-integrierte Zuwanderer

Im vergangenen Dezember wurde im Bundesparlament im Rahmen der Budgetdebatte darüber diskutiert, ob und in welchem Umfang zusätzliche Bundesmittel zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gesprochen werden sollen. Getragen von Links-Grün sowie FDP- und Mitte-Frauen, beschloss die Mehrheit zusätzliche Gelder und Programme, ohne die Ursachen klar zu benennen. Mehr Geld mag gut klingen – löst aber das Kernproblem nicht, wenn man sich weigert, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Statistiken lügen nicht

Diese Realität ist unbequem. Polizeiliche Statistiken aus verschiedenen Ebenen der Schweiz zeigen seit Jahren, dass ausländische Tatverdächtige bei Gewalt- und Sexualdelikten gegen Frauen überproportional vertreten sind. Nationale und kantonale Statistiken weisen auf wiederkehrende Muster bei schweren Gewaltdelikten hin.

Einen konkreten Beleg liefern die Zahlen der Zuger Polizei, die auf eine kleine Anfrage aus den Reihen der SVP-Fraktion im Kantonsrat zurückgehen. Gemäss



der Polizeilichen Statistik 2020–2024 liegt der Ausländeranteil bei einschlägigen Gewaltdelikten gegen Frauen in den Jahren 2022, 2023 und 2024 jeweils deutlich über 50 Prozent. Gemessen am Bevölkerungsanteil ist dies eine klare Übervertretung.

Patriarchale Milieus als Risikofaktor

Auffällig ist insbesondere der hohe Anteil von Tätern aus patriarchal geprägten Milieus und dem islamischen Kulturkreis, in denen traditionelle Rollenbilder und die Unterordnung der Frau fest verankert sind. Das ist keine «Stigmatisierung», sondern eine Feststellung aufgrund wiederkehrender Muster in polizeilichen Statistiken und Strafverfahren.

Wer Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen will, muss den Mut haben, genau hier anzusetzen. Es reicht nicht, neue Programme und Stellen zu finanzieren, während gleichzeitig eine unkontrollierte Zuwanderung aus Kulturen zugelassen wird, die mit unseren Grundwerten unvereinbar sind. Der Schutz der Frauen in der Schweiz beginnt bei einer konsequenten Migrations- und Asylpolitik.

Dazu gehört auch, klare Grenzen im öffentlichen Raum zu setzen. Die von der SVP Kanton Zug lancierte Initiative für ein Kopftuchverbot an Schulen ist ein sinnvoller Schritt, um die staatliche Neutralität zu wahren und minderjährige Mädchen vor sozialem und familiärem Druck zu schützen. Die Schule muss ein Ort sein, an dem Gleichberechtigung gelebt wird.

Null Toleranz – Schutz durch klare Regeln

Integration ist keine Einbahnstrasse. Wer sich nicht integriert, unsere Rechtsordnung missachtet und Gewalt ausübt, hat sein Gastrecht verwirkt. Für Täter braucht es klare Konsequenzen: Null Toleranz bei Gewalt, rasche Verfahren, harte Strafen und bei ausländischen Tätern die konsequente Ausschaffung. Prävention heisst auch, problematische Zuwanderung zu stoppen.

Die SVP spricht aus, was viele denken: Gewalt gegen Frauen ist kein abstraktes Gesellschaftsproblem, sondern hat konkrete Ursachen und Täterprofile. Wer diese verschweigt, nimmt weitere Opfer billigend in Kauf. Echte Solidarität mit den Frauen in unserem Land heisst, sie wirksam zu schützen – auf Basis von Fakten statt Ideologie.

Michael Riboni, Kantonsrat, Baar



Unterschriftenbogen
herunterladen auf
www.svp-zug.ch

**JETZT
UNTER-
SCHREIBEN**

Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit

SVP Kanton Zug
www.svp-zug.ch



**Für Chancengleichheit
und Freiheit**

**Schluss mit
Diskriminierung**

Zum Unterschriftenbogen
der Kopftuch-Initiative

QR-Code
scannen



Für eine freie und sichere Schweiz!

Mit dem «Paket Schweiz-EU», der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» und der Neutralitätsinitiative stellen Volk und Stände wichtige Weichen für die Zukunft der Schweiz.



Am 13. März 2026 überweist der Bundesrat das «Paket Schweiz-EU» ans Parlament. Mit dem 2'228-seitigen Vertragspaket verpflichtet sich die Schweiz zur automatischen Übernahme von EU-Recht und zur Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes und den Föderalismus. Als einzige Partei bekämpft die SVP diesen **EU-Unterwerfungsvertrag** mit aller Kraft. Da das Bundesgericht festgelegt hat, dass Verträge zwischen der Schweiz und der EU über der Schweizer Verfassung stehen, sollte es unbestritten sein, dass für das «Paket Schweiz-EU» neben dem Volksmehr auch das Ständemehr gilt.

Bereits am 14. Juni 2026 stimmen Volk und Stände über die **Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»** ab. Die negativen Folgen der masslosen Zuwanderung lassen sich nicht mehr ignorieren:

Steigende Mieten und Wohnungsknappheit, Lohn- und Mietdruck, Stau und überfüllte Züge, Zubetonierung der Landschaft, mehr Gewalt und importierte Kriminalität, sinkende Bildungsqualität, Zuwanderung in den Sozialstaat und Verlust von Identität und Heimat. Mit der Nachhaltigkeits-Initiative darf die ständige Wohnbevölkerung zehn Millionen nicht vor dem Jahr 2050 überschreiten. Das heisst: in den verbleibenden 24 Jahren bis zum Jahr 2050 dürfen durchschnittlich maximal noch 37'500 Personen netto pro Jahr in die Schweiz einwandern. Dies ist eine grosszügige Obergrenze und entspricht in etwa der Hälfte der heutigen Netto-Zuwanderung. Die gesamte SVP-Fraktion, die Mitte-Ständeräte Daniel Fässler und Heidi Z'graggen, sowie Mitte-Nationalrat Thomas Rechsteiner empfehlen

die Initiative zur Annahme. Fünf weitere Mitte-Ständeräte, darunter Peter Hegglin, und sechs Mitte-Nationalräte haben sich der Stimme enthalten.

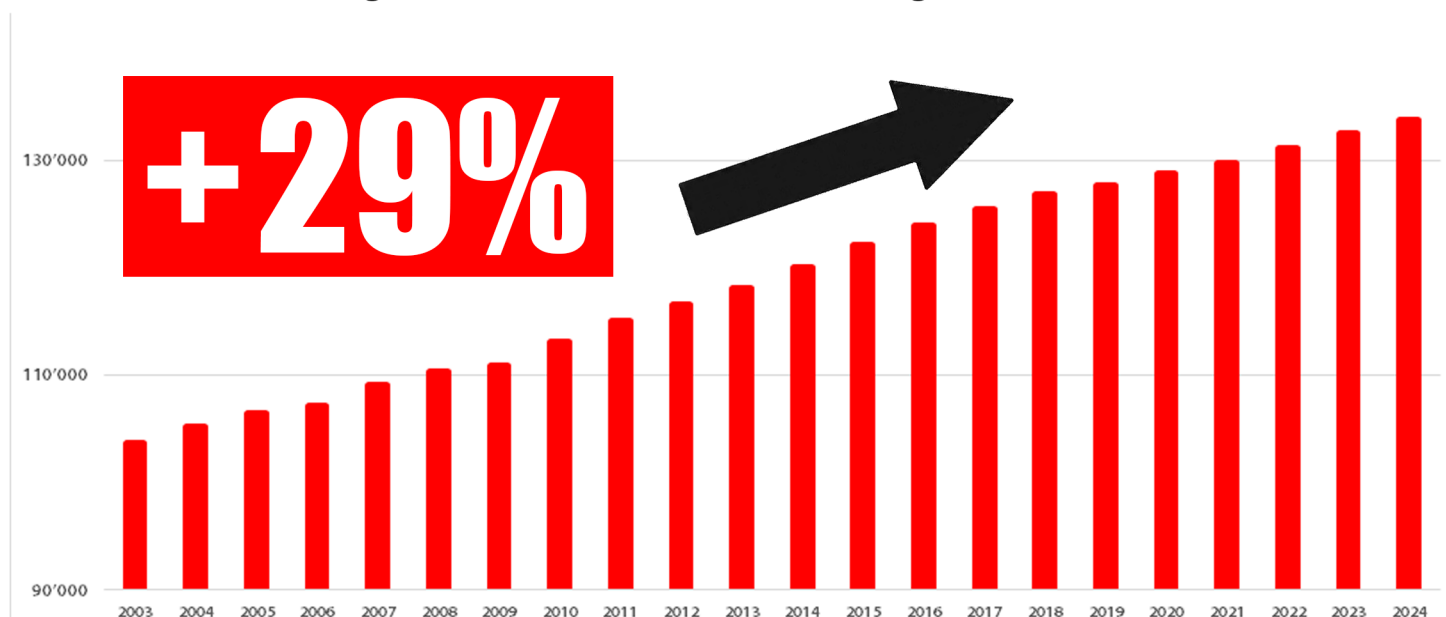
Voraussichtlich im Herbst findet die Abstimmung über die **Neutralitätsinitiative** statt. Mit dieser soll die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität, die die Schweiz seit zweihundert Jahren vor militärischen Konflikten und zwei Weltkriegen verschont hat, auf Verfassungsebene verankert werden. Gleichzeitig wird der Beitritt der Schweiz zu Militärbündnissen wie der NATO oder der EU-Sicherheitsunion ausgeschlossen. Ebenfalls ausgeschlossen sind zukünftig nichtmilitärische Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten (ausser diese sind durch den UNO-Sicherheitsrat legitimiert). Als einzige Partei unterstützt die SVP die Verankerung der Neutralität auf Verfassungsebene. Damit wird verhindert, dass Machtblöcke wie die EU, die USA oder China die Schweiz an sich zu binden versuchen.

Thomas Aeschi, Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident, Baar

So kann es nicht weiter gehen!

Im Kanton Zug wächst die Bevölkerung aufgrund der massiven Zuwanderung seit Jahren rasant. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 hat die Einwohnerzahl um 22,5 % zugenommen: von 109'000 auf fast 134'000 Einwohner Ende 2024. Die Bevölkerungsentwicklung hat jedes gesunde Mass gesprengt. Nur die SVP gibt als einzige Partei Gegensteuer!

Bevölkerungswachstum Kanton Zug von 2003 bis 2024



Am 8. März 2026 stehen wichtige Urnengänge an. Nutzen Sie Ihr Stimmrecht und gehen Sie abstimmen!

JA zur Bargeld-Initiative (JA zum Gegenvorschlag & Stichfrage Initiative)

Bargeld ist gedruckte Freiheit und gelebter Datenschutz. Unsere Partei setzt sich konsequent dafür ein, dass die Schweizer Bevölkerung auch in Zukunft die Wahlfreiheit beim Bezahlen behält – ohne staatliche Überwachung.

JA zur SRG-Initiative (200 Franken sind genug!)

Die SVP Kanton Zug fordert eine Entlastung der Haushalte und KMU. Ein Budget von 850 Millionen Franken ist mehr als ausreichend für einen seriösen Service Public. Die Doppelbesteuerung der Unternehmen muss endlich fallen!

NEIN zum Bürokratie-Monster Individualbesteuerung

Die Individualbesteuerung ist kompliziert, ungerecht und teuer. Künftig müssten Ehepaare zwei statt nur eine Steuererklärung ausfüllen. Kantone und Gemeinden müssten ihr Steuerrecht fundamental überarbeiten. Die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare («Heiratsstrafe») kann viel einfacher – beispielsweise mit dem Splitting-Modell – beseitigt werden. Gemeinsam mit Die Mitte, EDU, dem Gewerbeverband, dem Bauernverband und weiteren Kreisen kämpft die SVP gegen dieses Bürokratie-Monster.

NEIN zum linken Klimafonds

In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten lehnt die SVP neue, milliarden schwere Umverteilungsprojekte und versteckte Steuererhöhungen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes entschieden ab.

Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische, gemeinnützige und amtliche Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.

Motion der SVP-Fraktion betreffend «Zug soll sicherster Kanton der Schweiz werden»

Sicherheit ist eine zentrale staatliche Kernaufgabe. Jedes Delikt ist eines zu viel und die Frage stellt sich, was macht der Kanton Zug, um in Zukunft nicht nur sicherer, sondern der sicherste Kanton der Schweiz zu werden. Gerade als kleiner Kanton – mitten in der Schweiz – sollte dieser Anspruch realisiert werden können.

Der Regierungsrat wird beauftragt:

- Eine umfassende kantonale Sicherheitsstrategie zu erarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen. Diese Strategie soll messbare Ziele, Prioritäten sowie einen klaren Zeithorizont enthalten.
- Die sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, zu Nachtzeiten und an kriminalitätsbelasteten Orten zu erhöhen.
- Die Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen, dem Bund und internationalen Sicherheitsbehörden ist gezielt zu intensivieren, um organisierte und mobile Täterstrukturen wirksam zu bekämpfen.
- Regelmässige Erhebungen zum Sicher-

heitsgefühl der Bevölkerung durchzuführen und daraus konkrete Massnahmen abzuleiten.

- Dem Kantonsrat regelmässig Bericht zu erstatten über:
 - die Entwicklung der Kriminalitätszahlen
 - die Umsetzung der Sicherheitsstrategie
 - den Zielerreichungsgrad auf dem Weg zum sichersten Kanton der Schweiz

Ganzen Vorstoss lesen:
www.svp-zg.ch

Volksabstimmungen vom 08.03.2026

Jetzt abstimmen!

Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» und Gegenentwurf zur Initiative
Stichfrage: Initiative

2xJA

Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

NEIN

Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

JA

Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

NEIN



**Aus erster Hand:
Einladung zum Sessionsrückblick**



**Nationalrat
Thomas
Aeschi**

«Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative
Abschaffung Heiratsstrafe: Wie weiter?

Dienstag, 24. März 2026, 19:30 Uhr

Rest. Sport Inn
Waldmannhalle, Baar

www.aeschi.com



**«Für die Freiheit
im Einsatz»**

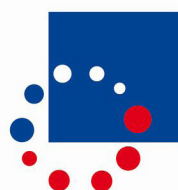
**Werden Sie Mitglied
von Pro Schweiz!**



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra



INSERTAT



STEINMANN
HAUSTECHNIK

SANITÄR - HEIZUNG

**SERVICE &
REPARATUR
VON ALLEN
MARKEN**

**Nutzfahrzeuge
Anhänger
Personenwagen**

Risi Service AG risiserviceag.ch
Gulmatt info@risiserviceag.ch
6340 Baar 041 766 99 55

risi
Service AG



Individualbesteuerung: Bitte besser machen!

Am 8. März 2026 stimmt die Schweiz über die Einführung der Individualbesteuerung ab. Künftig müssten auch verheiratete Paare je eine eigene Steuererklärung einreichen und Einkommen sowie Vermögen für Steuerzwecke aufteilen – unabhängig vom Güterstand. Der Zuger Regierungsrat hat sich gegen die Vorlage ausgesprochen.



wegfallen. Im Kanton Zug haben rund zwei Drittel der Ehepaare deutlich unterschiedliche Einkommen. Berechnungsbeispiele zeigen: Bei ungleichen Einkommen kann die Steuerbelastung für Familien spürbar steigen, in einzelnen Fällen um mehrere tausend Franken pro Jahr.

Administrativer Mehraufwand

Der administrative Mehraufwand ist massiv! Für Ehepaare bedeutet das zwei vollständige Steuererklärungen statt einer – inklusive Aufteilung von Liegenschaften, Wertschriften oder gemeinsamen Konten. Für die Verwaltung heisst das dauerhaft mehr Dossiers, mehr Rechnungen, mehr Mahnungen und mehr Rechtsmittel. Für Zug wird mit rund 30'000 zusätzlichen Veranlagungen (+38%) und jährlich rund 80'000 zusätzlichen provisorischen und definitiven Steuerrechnungen gerechnet. Das erfordert 12 bis 14 zusätzliche Personaleinheiten und verursacht wiederkehrende Mehrkosten von rund 2,0 bis 2,4 Millionen Franken pro Jahr. Als für die Steuerverwaltung verantwortlicher Finanzdirektor ist es mir ein Anliegen, einen Bürokratiemoloch zu vermeiden.

Viel Regelungsaufwand

Leider bleibt es nicht beim Steuerformular. Weil viele Vergünstigungen und Tarife am steuerbaren Einkommen anknüpfen, müssten auch zahlreiche Regelungen angepasst werden – etwa Prämienverbilligungen, Sozialhilfe, Stipendien, Betreuungsgutscheine, Mietzuschüsse oder Gebühren. Zudem werden die versprochenen Beschäftigungseffekte aus Sicht des Regierungsrats überschätzt: Entscheidend sind oft Betreuungsangebote, Kosten und Arbeitsmodelle, nicht die Steuersystematik.

Lieber einfache Lösung

Schliesslich weise ich darauf hin, dass die Heiratsstrafe vor allem ein Tarifproblem bei der direkten Bundessteuer ist. Sie liesse sich dort mit einem einfacheren Splitting- oder Doppeltarifsysteem beheben – ohne massiven Mehraufwand für Steuerpflichtige und Verwaltung.

Aus all diesen Gründen empfehle ich, die Vorlage zur Einführung der Individualbesteuerung am 8. März 2026 abzulehnen und ein Nein in die Urne zu legen.

Heinz Tännler, Regierungsrat, Zug

Die Individualbesteuerung löst im Kanton Zug kein Problem. Bei den Zuger Kantons- und Gemeindesteuern ist die sogenannte Heiratsstrafe dank einem Verheirateten- und einem Grundtarif (Vollsplitting) seit langem weitgehend beseitigt. Die Vorlage zwingt damit den Kantonen ein neues System auf, obwohl die meisten den Tarifkonflikt bereits gelöst haben – ein unnötiger Eingriff in den Föderalismus.

Neue Ungerechtigkeiten

Besonders Familien mit nur einem Einkommen oder mit stark unterschiedlichen Einkommen würden vielerorts mehr bezahlen, weil der günstigere Verheiratetentarif und gewisse Abzüge



Wahlkampf-Schwerpunkt 2026: «Heimat und Identität erhalten»

Mit einem professionellen Wahlkampf-Video, das in den sozialen Medien schnell zu vielen Reaktionen geführt hat, lancierte die SVP Kanton Zug Anfang Dezember 2025 frühzeitig ihre Wahlkampf-Themen für das «Super-Wahljahr 2026». Wer SVP wählt, steht für weniger Zuwanderung sowie mehr Heimat und Identität. Wer nicht will, dass wir fremd im eigenen Kanton werden, muss am 4. Oktober 2026 auch in Baar wieder SVP wählen.

Zum Video: Jetzt QR-Code scannen!



Werden Sie Mitglied der SVP!

Möchten Sie sich ebenfalls politisch engagieren? Werden Sie Mitglied der SVP Baar!

Weitere Informationen finden Sie auf www.svp-baar.ch oder wenden Sie sich an unseren **Präsidenten Adrian Rogger**: Tel. 079/797 12 69 oder a.rogger@bluewin.ch



Spenden

Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende, damit wir uns weiterhin für eine unabhängige und sichere Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben einsetzen können. Besten Dank!
Bankverbindung SVP Baar: UBS Schweiz; IBAN: CH81 0483 5094 0889 3100 0 oder via unseren TWINT Account: +41 79 940 95 09

Impressum

Herausgeberin: Schweizerische Volkspartei SVP Baar, Postfach 1607, 6341 Baar **Redaktion:** Adrian Rogger (Parteipräsident), Michael Riboni, Thomas Aeschi, Heinz Tännler **Bilder:** zvg **Auflage:** 14'000 Ex. in alle Briefkästen der Gemeinde Baar verteilt © 2026, SVP Baar Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

